

Bundespräsidentenwahl: Gut is' ganging ...

Die Aufhebung der Präsidentschaftswahl durch den VfGH wurde heftig kritisiert, auch auf Basis von statistischen Argumenten. Nach der Wiederholung der Wahl hat der VfGH nunmehr die Möglichkeit, seine Judikatur unabhängig vom Anlassfall zu überdenken.

Walter Schachermayer

Morgen, Donnerstag, wird der neue Bundespräsident angelobt. Bis es so weit war, hat es etwas gedauert. Blenden wir noch einmal zurück zur Stichwahl vom Mai. Bei der Auszählung von 70.000 Wahlkarten wurden vom Verfassungsgerichtshof Unregelmäßigkeiten festgestellt, wobei Präsident Gerhart Holzinger ausdrücklich festhielt, dass keinerlei Manipulationen festgestellt wurden.

Van der Bellens Vorsprung betrug etwa 30.000 Stimmen. Da es theoretisch möglich gewesen wäre, dass ein anderes Auszählungsergebnis der 70.000 inkriminierten Stimmen das Ergebnis zu einem Sieg von Hofer gedreht hätte, wurde die Stichwahl bekanntlich vom VfGH aufgehoben.

Der relevante Artikel der Bundesverfassung lautet, dass „einer Wahlanfechtung stattzugeben ist, wenn die Rechtswidrigkeit erwiesen wurde und auf das Verfahrensergebnis von Einfluss war“. Seit Jahrzehnten folgt die Judikatur des Verfassungsgerichtshofs nicht diesem Wortlaut der Verfassung, sondern einer sehr strengen Interpretation: dass nämlich bereits die Möglichkeit eines Einflusses auf das Wahlergebnis hinreichend für eine Aufhebung der Wahl ist.



Mathematiker Walter Schachermayer: Appell an VfGH.

Foto: M. Neundlinger

Nun ist der Begriff der Möglichkeit aber ein sehr weiter, wie schon Robert Musil im *Mann ohne Eigenschaften* pointiert formuliert hat: „So ließe sich der Möglichkeitssinn geradezu als die Fähigkeit definieren, alles, was ebenso gut sein könnte, zu denken, und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist.“

Zur Präsidentschaftswahl: Es ist offenkundig, dass Van der Bellens schon im Mai die Wahl gewonnen hat. In einem im *Falter* publizierten Artikel haben Erich Neuwirth und ich gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass unter den 70.000 inkriminierten Wahlkarten tatsächlich genügend Hofer-Stimmen gewesen wären, um das Ergebnis zu drehen, verschwindend gering war: etwa eins zu zehn Milliarden. Die Berechnungen dazu sind unter <https://axiv.org/abs/1609.00506> detailliert

nachzulesen und können mit Grundkenntnissen der Statistik Schritt für Schritt nachvollzogen werden.

Wir haben die abstrakte Zahl von eins zu zehn Milliarden auch anschaulich visualisiert. Man stelle sich eine 300 km breite Bretterwand vor, auf der sich irgendwo ein 0,044 Millimeter breiter senkrechter Strich befindet (etwas dünner als ein Menschenhaar). Wenn Sie blind irgendwo einen



Foto: APA / Harald Schneider

Beim zweiten Mal stand Alexander Van der Bellens Wahlsieg über Norbert Hofer außer Zweifel. Aber auch beim ersten Mal hätte es gereicht, wenn die Verfassungsrichter Statistik verstanden hätten.

spitzen Dartpfeil auf diese Wand werfen, so beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass Sie just diesen Strich treffen, gerade eins zu zehn Milliarden.

Der VfGH verwendet aber bei der Beurteilung von Wahlanfechtungen grundsätzlich keine statistischen Argumente mit der Begründung, dass es sich hier um ein besonders hohes Rechtsgut handle. Jedes Abweichen von diesem Prinzip wäre ein Bruch seiner ständigen Judikatur. Wir glauben allerdings, dass der VfGH nunmehr die Chance hat – losgelöst vom Anlassfall – diese Spruchpraxis zu überdenken.

Es ist ja nicht so, dass der Grundsatz „Je strenger, umso bes-

ser“ bei der Beurteilung einer Wahlanfechtung zutrifft. Es muss vielmehr ein Abwägungsprozess stattfinden. Wobei schon das Wort „Wahlwiederholung“ irreführend ist. Es findet ja immer eine völlig neue Wahl statt, so wie man auch nicht zweimal in denselben Fluss steigen kann.

In Anbetracht des Wahlergebnisses vom Dezember könnte man sich nun beruhigt zurücklehnen und auf gut Österreichisch sagen: Gut is' ganging, nix is' g'schehn! Aber in Zukunft werden wieder Wahlen angefochten werden, und es wäre fatal, wenn sich der VfGH dafür nicht die Möglichkeit der Berücksichtigung von statistischen Argumenten offenhielte.

Zwei Beispiele: Es ist theoretisch möglich – wenn auch extrem unwahrscheinlich – dass zwei wildfremde Menschen dieselbe DNA besitzen. Nichtsdestoweniger wird jedes Gericht der Welt einen DNA-Test zur Identifizierung eines Täters als hieb- und stichfesten Beweis zulassen. Kein Mensch wird argumentieren, dass es sich dabei „nur“ um ein statistisches Argument handelt.

Bei der Zulassung eines neuen Medikaments werden ebenfalls statistische Verfahren verwendet. Unter anderem muss seine Wirksamkeit aufgrund eines nach den Regeln der Kunst durchgeführten Doppelblindversuchs nachgewiesen werden. Bei der statistischen Beurteilung gilt es zwischen zwei Übeln abzuwägen: die mögliche Zulassung eines unwirksamen Medikaments versus die mögliche Nichtzulassung eines wirksamen Medikaments. In der Praxis wird so verfahren, dass die Wahrscheinlichkeit, ein unwirksames Medikament irrtümlich als wirksam zu erklären, bei weniger als eins zu zwanzig liegen muss.

Höhere Schwelle erforderlich

Zurück zum VfGH: Angenommen, er hat im Rahmen einer Wahlanfechtung wieder zu prüfen, ob „Rechtswidrigkeiten ... von Einfluss auf das Ergebnis waren“. In diesem Fall wäre – anders als bei der Zulassung von Medikamenten – bei einer statistischen Analyse die Schwelle von eins zu zwanzig wohl zu niedrig gegriffen. Ein möglicher Vorschlag wäre, von dem in der Statistik üblichen Niveau der „Hochsignifikanz“ auszugehen, nämlich eine Wahrscheinlichkeit von weniger als eins zu tausend zu fordern.

Der VfGH könnte in seinem Jahresbericht – ohne Irritation durch einen Anlassfall – festhalten, dass er sich pro futuro die Möglichkeit offenhält, bei Wahlanfechtungen statistische Gutachten einzuholen. Bei deren Beurteilung sei vom Maßstab einer hochsignifikanten Wahrscheinlichkeit auszugehen. Dies würde seinen Handlungsspielraum wesentlich erweitern. In Zukunft müsste sich der VfGH nicht mehr an eine Judikatur gebunden fühlen, die ihn dazu zwingt, gegen jede Evidenz zu entscheiden.

Die Alternative wäre allerdings, dass im Musil'schen Kakanien weiterhin der Möglichkeitssinn regiert.

WALTER SCHACHERMAYER ist Professor für Finanzmathematik an der Uni Wien. 1998 gewann er als erster Mathematiker den Wittgenstein-Preis, Österreichs wichtigste Auszeichnung für Wissenschaftler.

Ein historisches Ausbauprogramm

Schellings Kritik an den Ausgaben des Staates für die ÖBB ist unsachlich und verwendet falsche Zahlen

Andreas Matthä

Die ÖBB investieren seit Jahren massiv in den Ausbau des Bahnnetzes, in neue Züge und in Services für unsere Kundinnen und Kunden. Es sind knapp zwei Milliarden Euro, die jährlich alleine in die Modernisierung der Infrastruktur fließen. Mit diesem Geld bauen die ÖBB Hochleistungsstrecken, modernisieren Bahnhöfe, Güterterminals und bauen an drei großen Tunnelprojekten.

Wir machen das nicht aus Selbstzweck, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass wir für die Menschen in Österreich und für die heimische Wirtschaft ein hochwertiges öffentliches Ver-



Der Koralmtunnel ist Herzstück des Ausbaus der Südstrecke.

Foto: ÖBB

kehrnetz brauchen. Und von beiden Seiten bekommen wir Zuspriech:

- Die Fahrgastzahlen sind in den letzten Jahren um viele Millionen angestiegen, und die Zufriedenheit der Bahnfahrer ist konstant hoch.
- Wir sind mit praktisch allen Unternehmen in Österreich in engem Kontakt, tätigen Investitionen dort, wo sie notwendig sind, damit heimische Unternehmen erfolgreich sein können.

Besagtes Ausbauprogramm der Schieneninfrastruktur „erfinden“ die ÖBB übrigens nicht im Alleingang, es wird von der Bundesregierung einstimmig im Ministerrat beschlossen, und die ÖBB werden von der Republik mit der Umsetzung beauftragt. Und das ist gut so: Denn der in den letzten zehn Jahren erfolgte Ausbau der Weststrecke mit einer Fahrzeit von zwei Stunden 22 Minuten von Wien nach Salzburg oder rund vier Stunden von Innsbruck nach Wien ist heute für Millionen an Fahrgästen nicht mehr wegzudenken.

158 Minuten nach Villach
Aktuell investieren wir auf der Südstrecke. Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Fahrzeit von Wien nach Villach nur noch zwei Stunden und 38 Minuten statt vier Stunden und zwölf Minuten betragen. Von Graz nach Wien werden die Fahrgäste nur noch eine Stunde und 50 Minuten unterwegs sein.

Auch diese Investitionen sind nicht nur gut für die Menschen, sondern nützen auch der heimischen Wirtschaft. Denn „ganz nebenbei“ liefern die Infrastrukturinvestitionen der ÖBB jährlich

rund 0,6 Prozent BIP-Beitrag. Und sie sind ein essenzieller Beitrag für die Auftragslage unserer Unternehmen, gehen doch knapp 80 der Aufträge bei unseren Infrastrukturprojekten an heimische Klein- und Mittelbetriebe.

Jüngst verwendete Finanzminister Hans Jörg Schelling im Zusammenhang mit den Investitionen der ÖBB das Wort „historisch“. Er meinte damit aber nichts Positives, sondern unterstellte den Investitionen in die Bahn damit Rückwärtsgewandtheit.

Angesichts wachsender Ballungszentren und der damit verbundenen Verkehrsprobleme eine – zurückhaltend formuliert – Fehleinschätzung. Ein kurzer Blick nach Oberösterreich hätte gereicht, um das zu erkennen. Ende 2016 wurde nämlich auch dort in enger Zusammenarbeit von ÖBB, Land OÖ und dem OÖ Verkehrsverbund die S-Bahn eingeführt. Fünf Linien verbinden seither das gesamte Bundesland mit der Landeshauptstadt Linz. Damit die Schüler in die Schule kommen, Studenten an die Uni und Arbeitnehmer zu ihrem Arbeitsplatz. 365 Tage im Jahr, zuverlässig und pünktlich. Der Individualverkehr alleine konnte das nicht mehr leisten.

Öffentlicher Verkehr kostet Geld, so wie der Bau von Straßen und anderer Infrastruktur auch. Er ist aber auch die Voraussetzung dafür, dass ein Gemeinwesen funktioniert, dass alle Bevölkerungsschichten teilhaben können: am Arbeitsleben genauso wie am

gesellschaftlichen und am kulturellen Leben.

Die ÖBB investieren – nach Beschluss durch Bundesregierung und Nationalrat – jährlich rund zwei Milliarden Euro in den dafür nötigen Infrastrukturausbau. Wir nehmen dafür Schulden auf, die der Bund in Form von jährlichen Annuitäten – sprich Kreditraten – zurückzahlt. So wie jeder Hausbauer und jeder Betrieb, der in neue Infrastruktur investiert, auch. Zusätzlich bestellen Bund, Länder und Gemeinden bei den ÖBB Verkehrsleistungen um jährlich rund 800 Millionen Euro. Es handelt sich dabei um die Bezahlung für ganz konkrete Leistungen, die sicherstellen, dass im ländlichen Raum leistbare Mobilität für alle

zur Verfügung steht, dass Wirtschafts- und Lebensregionen miteinander verbunden sind. Die Alternative dazu wäre eine Erhöhung der Ticketpreise um das Drei- bis Vierfache!

Macht in Summe jährlich knapp drei Milliarden Euro. Zweifelsohne viel Geld, aber es ist gut angelegt für die Zukunft des Lebensraumes und des Wirtschaftsstandortes Österreich.

Bleibt last but not least noch der Beitrag des öffentlichen Verkehrs zum Klimaschutz. Würde der Finanzminister die Investitionen in die Bahn in diesem Zusammenhang als „historisch“ bezeichnen, dann würde er statt Kritik breite Zustimmung ernten.

ANDREAS MATTHÄ ist seit Juli 2016 CEO der ÖBB-Holding AG.



ÖBB-Chef Andreas Matthä widerspricht Schelling.

Foto: ÖBB/Hauswirth